

Inhaltsverzeichnis

Teil 1: Einleitung und Grundlagen.....	1
A. Darstellung des Problems	4
B. Herangehensweise und Ziel der Arbeit.....	5
Teil 2: Existierende gesetzliche Regelungen	13
A. Namensbestimmung nach Art. 10 EGBGB	13
I. Regelung des Art. 10 EGBGB	13
II. Anwendung auf die Beispielfälle	15
III. Fazit	17
B. Namensbestimmung nach Art. 48 EGBGB	17
I. Sinn und Zweck des Art. 48 EGBGB	17
II. Voraussetzungen.....	18
1) Namensführung nach deutschem Recht	19
2) Gewöhnlicher Aufenthalt in einem EU-Mitgliedstaat.....	19
3) Namenserwerb und Eintragung in ein Personenstandsregister im EU-Ausland.....	20
4) Ordre public – Vorbehalt	21
a) Erwerb von Doppelnamen.....	21
b) Erwerb von Adelstiteln	25
III. Anwendung auf die Beispielfälle	27
1) Fall 1	27
2) Fälle 2 bis 4 sowie 6	27
3) Fall 5	28
VI. Zusammenfassung.....	30
C. Öffentlich-rechtliche Namensänderung	31
I. Voraussetzungen der öffentlich-rechtlichen Namensänderung.....	32
1) Wichtiger Grund als Grundlage der Namensänderung	32
2) Ablehnungsgründe	34
3) Gebühren.....	35
4) Zusammenfassung	36
II. Anwendung auf die Beispielfälle	37

1) Fall 2	37
2) Fall 3	38
3) Fall 4	39
4) Fall 5	40
5) Fall 6	41
6) Zusammenfassung	41
III. Fazit	42
D. Ergebnis	42
Teil 3: Namensersatzung	45
A. Sachenrechtliche Ersitzung.....	46
I. Buchersitzung §900 BGB	46
II. Ersitzung beweglicher Sachen §937 BGB	48
III. Fazit der sachenrechtlichen Ersitzung.....	50
B. Staatsangehörigkeitsrechtliche Ersitzung	50
I. Behandlung als Deutscher durch deutsche Stellen	51
II. Ersitzungszeitraum	52
III. Vertreten der Behandlung als Deutscher.....	53
IV. Fazit.....	54
C. Komponenten des Rechtsinstitut Ersitzung	54
I. Ersitzungszeitraum.....	55
II. Rechtsschein zu Gunsten des Ersitzenden.....	56
III. Rechtsschein, nicht durch den Ersitzenden hervorgerufen	56
IV. Ersitzung – eine Lösung für das Namensrecht?.....	56
D. Ersitzung im Namensrecht.....	57
I. Grundsätze des deutschen Namensrechts	57
1) Namenskontinuität	58
2) Identifizierungsfunktion	59
3) Zuordnungsfunktion.....	61
4) Namensersatzung und die Grundsätze des deutschen Namensrechts ...	61
II. Allgemeines Persönlichkeitsrecht der Betroffenen	63
1) Das Persönlichkeitsrecht im Allgemeinen.....	64
2) Der Name als Teil des allgemeinen Persönlichkeitsrechts.....	65
3) Zwischenergebnis	67

4) Namensersitzung zur Wahrung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts?	68
a) Namensersitzung als Förderung des allgemeinen Persönlichkeitsrechts	68
b) Verweigerung der Namensersitzung – ein Grundrechtsverstoß?	69
(1) Eingriff in den Schutzbereich	69
(2) Eingriffsebene	70
(3) Rechtfertigung.....	70
(4) Fazit.....	73
c) Das allgemeine Persönlichkeitsrecht als Anspruchsgrundlage der Namensersitzung	73
5) Zusammenfassung	74
III. Wirtschaftlicher Wert des Namens als Begründung für eine Namensersitzung	74
IV. Namensersitzung als Menschenrecht	75
V. Namensersitzung im europarechtlichen Rahmen.....	76
VI. Ergebnis: Regelung zur Namensersitzung erforderlich	78
VII. Vorschlag für eine gesetzliche Regelung der Namensersitzung	79
1) Abweichende Namensführung im Ausweisdokument	79
2) Unrichtige Namensführung über einen längeren Zeitraum (Zeitelement)	81
3) Gutgläubige Namensführung (Vertrauenselement).....	82
4) Subsidiarität gegenüber anderen gesetzlichen Regelungen.....	85
5) Kein Verstoß gegen ordre public	87
6) Zuständige Stelle und Verfahren	88
7) Altfall- bzw. Übergangsregelung.....	88
8) Textvorschlag für eine Regelung zur Namensersitzung.....	89
9) Anwendung auf die Beispielfälle.....	89
a) Fall 2	90
b) Fall 3	90
c) Fall 4	91
d) Fall 5.....	91
e) Fall 6	91
f) Zusammenfassung	92

Teil 4: Zusammenfassung.....	93
Teil 5: Änderungen durch die Namensrechtsreform 2025.....	97
Abkürzungsverzeichnis.....	101
Literaturverzeichnis.....	105
Rechtsprechungsverzeichnis	115